



# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 30. 30. Jahrg.

27. Juli 1917.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:**

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Heraus aus der Mietkaserne! Rundschau. — **Allgemeines:** Erst Arbeitsbindung, dann Familienunterstützung. Die graphischen Verbände im Jahre 1916. Eine wichtige Frage. Ein graues Bild von unsern Feldgrauen. — **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: München, Filiale III. Photogr. und Lichtdr. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — Unsere Verbandsjubilare. — **Anzeigen.**

**Heraus aus der Mietkaserne!**

Auch im Wohnungswesen gilt der Satz Lassalles: »Die verdammte Bedürfnislosigkeit muß bekämpft werden!« Wir haben uns so sehr an den großstädtischen Steinbaukasten gewöhnt, daß vielen der Aufenthalt in Wald und Wiese direkt fremd geworden ist. Umsomehr wächst aber in dem aufstrebenden Proletariat die Sehnsucht, aus der gefängnisähnlichen Umklammerung der Mietkasernen herauszukommen. Es ist wohl auch so: je besser und freier die Wohnung umsomerm gewinnt das Leben an Reiz, umso drückender macht sich aber auch dem Arbeiter die Fabriksklaverei fühlbar. So haben die Gewerkschaften, die für die Verbesserung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiterschaft eintreten, ein großes Interesse an der Wohnungsfrage. Der Sklave seines Hausbesitzers ist auch recht sehr der Sklave seines Arbeitgebers. Eins ist von dem andern abhängig. Und hier wieder am meisten derjenige, der die größte Kinderzahl aufzuweisen hat.

Treffend hat die große volkswirtschaftliche Bedeutung der »Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien« Hermann Kötschke in der »Glocke« Nr. 15 behandelt, dessen Ausführungen wir hiermit in den interessantesten Teilen zum Abdruck bringen.

— Der erste kritische Punkt für die kinderreichen Familien ist gleich das Wohnungsuchen. Das Leitwesen ist zur Genüge bekannt. Man könnte sonst das Kapitel durch recht drastische Schilderungen vermehren. Auch ich habe zahlreiche Briefe bei einer Umfrage erhalten, die einem ans Herz greifen. Ich habe auch Zuschriften von städtischen Wohnungsnachweisen empfangen, wo mir offen zugestanden wird: wir wissen wohl, daß fast nie ein Hausbesitzer gern an kinderreiche Familien vermietet, und daß diese daher in die größte Verlegenheit geraten. Aber Abhilfe dagegen ist noch kaum versucht worden. Schließlich müssen die kinderreichen Familien, wenn sie arm sind, entweder mit den schlechtesten Wohnungen zufrieden sein, oder sie müssen die besseren Wohnungen teurer bezahlen.

Die Schuld liegt nur zum geringen Teil an einer übermodernen nervösen Empfindlichkeit der Mitbewohner, die gleich bei jedem Kindergeräusch aus dem Häuschen geraten und zum Hauswirt laufen. Die Hauptschuld trifft vielmehr unsere städtische Wohnungskasernierung. Vielfach sind die Höfe so eng, daß sie reinen Schalltrichtern gleichen. Aber auch in besseren Miethäusern fehlt für die Kinder in der Regel ein naher Spielplatz, wo sie sich austoben können.

Es ist ja ein Jammer, wie manche großstädtischen Kinder aufwachsen müssen. Wir

kämpfen jetzt um Weltgeltung, um einen Platz an der Sonne über die Erde hinweg, um die Erhaltung und womöglich um Vermehrung unserer Kolonien, und in unseren Großstädten hier wächst ein Geschlecht heran, eingeschachtelt wie Akten in einem Aktenschrank oder eingekapselt wie Spinnen in einer Mauerecke. So manches Kind wird wer weiß wie alt, ehe es die Sonne hat auf- oder untergehen sehen, ehe es einen Drachen hat steigen lassen oder des Waldes geheimnisvolles Rauschen vernommen hat. Wir haben uns an ein Wohnungssystem gewöhnt, als wäre es mit uns Matthäi am letzten, als hätten wir keinen Fetzen Boden mehr übrig und litten an einer Übervölkerung, daß wir nur nach sackweise verpackt und übereinander geschichtet werden dürften.

Goit sei Dank fängt man ja jetzt an die Bauordnungen etwas aufzulockern und die Städte mehr auszudehnen, etwas mehr Hefe in den Teig zu mischen, daß die Stadtteile nicht mehr so klumpig werden wie halbgare Semmeln. Mit dem Aufkommen der Flachbauten und Kleinhäuser gibt es wieder etwas Luft und Licht für heranwachsende Kinderscharen. Die gemeinnützigen Baugesellschaften und Bauvereine haben gezeigt, wie gebaut werden muß. In deren Bauten wohnen die Menschen gesünder, haben die Familien mehr Kinder, selbst wenn sie Hochbauten aufweisen. Denn hier hat man sogenannte Wohnungsergänzungen: Spielplätze, Kinderbewahranstalten, Kinderhorte, Hauspflegevereine und dergleichen. Namentlich dann, wenn deren gemeinnützige Bauten Einfamilienhäuser oder wenigstens Flachbauten sind, trifft man dort meist um die Hälfte mehr Kinder an, als in den schablonenhaften Massenkasernen.

Die Kinder haben dann nicht nur Raum, um geboren zu werden, sondern sie sind auch nicht so viel Gefahren bei der Aufzucht ausgesetzt. Die Sterblichkeit ist da viel geringer. Die älteren englischen Gartenstädte haben in dieser Beziehung sehr erfreuliche Erfahrungen aufzuweisen. In Letdworth betrug die Sterblichkeit auf 1000 Bewohner 4,8, in Bournville 7,5, in Port Sunlight 8,0 gegen 15,9 in 26 englischen Großstädten. Bei der Kindersterblichkeit war das Verhältnis 38,4 und 80,2 und 65,4 zu 145. In Port Sunlight waren die Arbeiterkinder größer und schwerer als die Kinder der Wohlhabenden im benachbarten Liverpool im gleichen Alter.

Fast sieht es aus, als hätte jetzt das ungebundene Leben unter dem freien Himmel an der Front — und wenn es im eingezwängten Unterstand ist — unseren Kriegern das Gefühl beigebracht, daß es für sie ein Ünding wäre, wenn sie mit dem Frieden wieder in die enge Mansarde des großstädtischen Massenhauses zurückkehren sollten. Sie wollen der Natur näher sein und sich auf ein Stück Rasen zur Abenddämmerung niederlegen und zum Himmel aufschauen können. So schrieb ein Krieger in den Mitteilungen des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen in Heft 9 Jahrgang 1915:

»In stillen Stunden, d. h. in Pausen, in der Ruhe, wird da immer wieder die Frage erörtert: Können wirs nach dem Kriege in unseren Wohnungen aushalten? Und da man weiß, daß ich in dem Fach arbeite . . . werde ich aufgefordert, doch baldmöglichst auf den Wunsch nach einem eigenen Heim hinzuweisen. Nächst dem Wunsche nach einem Frieden, wie wir ihn brauchen, und — wenn es sein kann — gesunder Heimkehr, beseelt uns diese Sehnsucht nach einer besseren Wohnung, als sie die meisten von uns vor dem Kriege hatten.«

Dazu kommt der Wert des eigenen Gartens, der im Kriege ganz gewaltig gestiegen ist. Und wenn auch das Pfund Spinat im Frieden hoffentlich nicht mehr 1,— Mk. kosten wird wie heuer im zeitigen Frühjahr, so wird doch das Gemüse samt anderen Gartenfrüchten noch lange teuer bleiben und die Sehnsucht nach dem Gartenbeet wach erhalten.

Wir brauchen daher Gartenstädte. Die Großstädte müssen dezentralisiert werden. Durch Schnellbahnen müssen die Außensiedlungen an das Stadttinnere und an die Industrieviertel angeschlossen werden. Draußen vor den Toren der Städte ist noch so viel Platz. Die Entfernung ist heute bald überwunden. Das hat uns England bereits vorgemacht, und Belgien hat seine wunderbar billigen Bahntarife für das Wohnen im Grünen in die Wagschale geworfen.

Die Bautätigkeit ruht jetzt meist im Kriege, aber was gebaut wird, sind gartenstadtfähnliche Industriesiedlungen. Da hat sich in der Provinz Sachsen 1913 die Siedlungsgesellschaft Sachsenland gebildet. Sie wollte Rittergüter aufteilen und Bauern ansiedeln. Sie hat aber vielmehr für Industriearbeiter Gartendörfer errichtet. So in Sömmerda in Thüringen für etwa 200 Arbeiter der dortigen Gewerkefabrik. Die Siedlung soll noch vergrößert werden. Ebenfalls große Siedlungen entstehen in Piesteritz bei Wittenberg in Anlehnung an die dortigen Stickstoffwerke, und in Groß-Wusterwitz bei Brandenburg für die Arbeiter einer großen Pulverfabrik. Kleinere Siedlungen sind angelegt in Naumburg, Artern, Bleicherode, Ammendorf bei Halle, Seehausen in der Altmark, Neuhaldensleben, Tangerhütte, Stendal, Heinrichs bei Suhl, Erfurt. Die rein ländliche Ansiedlung ist demgegenüber ganz zurückgetreten.

Durchweg herrscht das Einfamilienhaus vor. Jedes Grundstück ist einen halben Morgen groß. Man hat diese Größe innegehalten, um die Vorteile des Rentengesetzes zu genießen. Es scheint aber auch, daß die Arbeiter den Garten nicht zu groß finden. Wo das der Fall ist, gestattet das neue Ansiedlungsgesetz vom 8. Mai 1916 den Ausbau einer zweiten Wohnung im Giebelgeschoß und ermöglicht somit auch die Teilung des Gartens. Ein Fünftelmorgen aber — man muß ja von dem halben Morgen das bebauten Gelände nebst Hof abziehen — ist für den Arbeiter ganz gut zu bewirtschaften.

Alter als Sachsenland ist die Siedlungsgesellschaft Eigne Scholle in Frankfurt a. O. Auch diese hat in Sorau, Cottbus und in Wittenberge Industriearbeiter vorteilhaft ange-setzt.

Die Schlesische Landgesellschaft ist erst kurz vor dem Kriege gegründet worden. Heute hat sie schon in 38 Städten und Dörfern Industriearbeiter, Handwerker und Kleingewerbetreibende angesiedelt, ebenfalls auf Stellen vor mindestens einem halben Morgen. Allerdings nicht in großen Gartendörfern, wie das teilweise Sachsenland getan hat, sondern mehr in vereinzelt Stellen.

Die Voraussetzung für solche Siedlungen ist ja, daß der Grund und Boden nicht zu teuer ist, daß also die gartenmäßige Bewirtschaftung eines Viertelmorgens noch lohnt. — Möglich sind solche Siedlungen, sobald es gelingt, irgendwo ein großes Gelände aus erster Hand zu bekommen, und eine günstige Verkehrsverbindung zu schaffen.

Solche Siedlungen nun geben den kinderreichen Familien, was ungemein wichtig ist, Gelegenheit, ihren Kindern nicht nur Luft und Bewegungsfreiheit zu verschaffen, sondern sie auch nützlich zu beschäftigen. Die Kinder können auf diese Weise zum Erwerb der Familie mit beitragen. Sie fallen da weniger lästig als im großstädtischen Betriebe. Man hat gefunden, daß in Orten wie Sorau, Cottbus, Sömmerda bei einer halben Morgenstelle sich jetzt während des Krieges 150—200 Mk. Reingewinn und noch weit mehr erzielen lassen. Ist das auch im Frieden wohl nicht ganz so viel, so dürfte es doch auch später so erklecklich sein, daß Eltern sich nur freuen können über die Hilfe der Kinder in ihren Gärten. —

Viel wichtiger als der geringe Miterwerb der Kinder erscheint uns die gesunde Befähigungsmöglichkeit derselben im Freien, die ein lebenskräftigeres Geschlecht heranwachsen läßt, als zwischen den dunstigen, lichtlosen Steinbauten der Großstädte. Leider haben unsere Arbeiterorganisationen, mit Ausnahme einiger viel zu kleiner Bau- und Siedlungsgenossenschaften, noch wenig auf diesem Gebiete getan. Alle Ansätze, Schutz- und Hilfsorganisationen für den unter dem Elend der kapitalistischen Wohnungsmisere seufzenden Mieter zu schaffen, sind leider bei der Arbeiterschaft noch auf wenig fruchtbaren Boden gefallen. Hoffentlich bringt der Krieg auch hierin eine Wandlung zum Besseren.

## Rundschau.

**Sage Liebe, sage Glauben,** und du sprichst vom Unrecht. Zähle alles Erhabene auf, das durch deine Brust geflutet — du kannst es nicht, ohne des Unrechts mit zu gedenken, das seinen Glanz mit schwarzen Rändern umsäumt! Rede von Religion und Überzeugung — siehe! vor deinen Augen eine unübersichtbare Schar zur Ehre derselben gemordeter Menschen! Hier die stumpfsinnige Überanstrengung eines Mannes an eiserner Maschine — ein Unrecht, daß auf Millionen dumpf, empfindungslos, unerforschlich lastet; da das breite Lächeln auf den Lippen eines andern — ein Unrecht, doppelt groß, weil es auf jenem ersten sich aufbaut. Die Freuden des Reichen sind Unrecht, seine edelsten Vergnügungen, seine Barmherzigkeit und sein Almosen sind Unrecht, solange es noch einen Mitmenschen gibt, der neben ihm seufzt. Ganze Massen versinken und ein Einzelnr steigt über ihrem Grabe empor. *Pfarrrer Kutter.*

**Erhöhung der Ortslöhne.** Auf einen Mißstand, der dringend der Abhilfe bedarf, wird im »Korrespondenzblatt der Generalkommission« hingewiesen, auf die durch Verordnungen des Bundesrats verlängerte Gültigkeitsdauer der »Ortslöhne«, wie jetzt die früheren »ortsüblichen Tagelöhne« genannt werden, die in der Arbeiterversicherung eine große Rolle spielen. Sie sollen alle vier Jahre neu festgesetzt werden und den Ablauf dieser Frist hat der Bundesrat schon mehrfach durch Verordnungen hinausgeschoben. Dieses Hinausschieben bedeutet in der Tat unter Umständen eine schwere Schädigung für die Versicherten. So kann in den Landkrankenkassen die Satzung den »Ortslohn« an die Stelle des für die Höhe des Krankengeldes maßgebenden Grundlohnes setzen, und in der Invalidenversicherung kann bei der Bemessung der Beiträge auch bei solchen Versicherten, die kein Mitglied einer Krankenkasse sind, das Dreihundertfache des Ortslohnes als Jahresarbeitsverdienst angenommen werden. Noch wichtiger ist der Orts-

lohn in der Unfallversicherung, wo in einer Reihe von Fällen der Ortslohn bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der der Rentenberechnung zugrunde liegt, mit herangezogen wird. Die Ortslöhne waren immer zu niedrig. Namentlich wenn er bei qualifizierten, gut gelohnten Arbeitern herangezogen wird, bedeutet dies ausnahmslos eine schwere Schädigung. Jetzt, während des Krieges, ist dies Mißverhältnis noch viel ärger geworden und gerade dies macht die Abänderung zu gebieterischer Pflicht. Noch niedriger als die Ortslöhne sind die in der Arbeiterversicherung und wiederum namentlich in der Unfallversicherung eine große Rolle spielenden durchschnittlichen Tagelöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Auch diese bedürfen dringend der Abänderung und Neufestsetzung.

**Ausbau der Bekämpfung der Tuberkulose.** Der Reichskanzler hat soeben ein Rundschreiben erlassen, das zur Ausgestaltung des Fürsorgewesens zur Bekämpfung der Tuberkulose auffordert. Die lange Dauer des Krieges, so heißt es in diesem Erlaß, und die damit verbundenen Anstrengungen und Aufregungen, unzureichende Nahrung, schlechtere Wohnungsverhältnisse und verminderte gesundheitliche Fürsorge, bringen die Gefahr einer neuen Ausbreitung der in angestrebter Arbeit so vieler Jahre mühsam zurückgedrängten Tuberkulose mit sich. Dieser Gefahr kann nur durch einen beschleunigten Ausbau der Fürsorgestellen für Lungenkranke, von denen bisher rund 2000 im deutschen Reich vorhanden sind, begegnet werden. Dabei wird einmal die Einrichtung möglichst vieler neuer Fürsorgestellen, dann aber eine bessere finanzielle Sicherstellung der bereits vorhandenen anzustreben sein. Als Träger des Fürsorgewesens sollen in erster Linie die Gemeinden und Gemeindeverbände dienen. Den Fürsorgestellen müssen sichere Einnahmen in genügender Höhe zur Verfügung stehen, um die Betriebskosten und Regelleistungen zu decken. Zu letzteren gehört die ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Familie und fortlaufende ärztliche Beobachtung, Untersuchung des Auswurfs, Wohnungsfürsorge (Desinfektion usw.), Verabreichung von Kräftigungsmitteln in besonderen Fällen usw. Die Maßnahmen sollen niemals den Charakter der öffentlichen Armenunterstützung tragen. Hoffentlich fallen die Anregungen auf fruchtbaren Boden.

**Das verdamnte Hilfsdienst-Gesetz** — so nannte der Oberste aller Scharfmacher und alldeutschen Eroberungspolitikere Geheimrat Duisburg nach den Berichten der Kölner Zeitungen das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Er behauptete, daß durch dieses Gesetz die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Fabriken um 20 Proz. gesunken sei und befahl: »Das verdamnte Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit die Agitation aufhört und wieder Ordnung in die Fabriken kommt.«

**Bereitwillige Hilfe der Konsumenten.** Daß die Durchführung der vielen Verordnungen und Maßnahmen nicht so befriedigend funktionieren kann wie im Frieden ist begreiflich. Sind doch vielfach die besten und geschultesten Beamten zum Heeresdienste einberufen. Hilfskräfte können nicht gleiches leisten. Es scheint aber, daß man diese Tatsachen zu sehr in den Vordergrund stellt und den Beamtenmangel nun für alle Mängel und Mißstände als Entschuldigung benützt. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat sich bereit erklärt, Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen, die z. B. beim Nachprüfen von Bestandsaufnahmen und anderen Hilfeleistungen Vortreffliches leisten würden. Man überlasse einmal den Konsumenten das Revidieren der Keller und Haushaltungen, man verende sie zum Abfangen der Schieber und Hamster auf Bahnhöfen, oder man ziehe sie heran zur Kontrolle von Lebensmittelgeschäften. Ausgestattet mit den nötigen Vollmachten würden diese Personen zweifellos gute Dienste leisten können und manches herausheulen, was sonst nie dem öffentlichen Verbräuche zugeführt würde. Daß der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen die richtigen Leute mit den nötigen Kenntnissen und mit Verantwortungsgefühl vorschlagen würde, daran ist nicht zu zweifeln.

## Aus dem Auslande.

**Die internationalen Gewerkschaftskonferenzen.** Der Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaften Normann Lindquist hat sich in einer Unterredung mit dem Vertreter des norwegischen »Sozialdemokraten« über die beabsichtigte internationale Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz ausgesprochen. Er bedauerte lebhaft, die ablehnende Haltung der Landesorganisation der amerikanischen Gewerkschaften. Zweck der internationalen Zusammenkunft sollte ja nicht die Erörterung der Kriegsfrage, sondern die Beratung des sozialpolitischen Friedensprogramms der Gewerkschaften sein. Der erste Entwurf zu einem solchen Programm sei von den englischen und französischen Gewerkschaften im vorigen Jahre in Leeds aufgestellt worden. Ausgehend von dieser Tatsache, daß die Gewerkschaftsvorstände der Entente-Länder selbst den Vorschlag gemacht hätten, sei es ganz unbegreiflich, daß jetzt die Leitung der amerikanischen Gewerkschaften auf die Einladung mit einem bestimmten Nein antwortete. Begreiflich wenn auch nicht zu verantworten sei die ablehnende Haltung der englischen und französischen Sozia-

listen gegenüber einer Konferenz, die der Erreichung des Friedens dienen sollte. Nicht zu verantworten deshalb, weil die Sozialisten der ganzen Welt ständig darauf hinwirken müßten, das baldige Ende dieses ungeheuren Krieges herbeizuführen. Ganz unbegreiflich aber sei die Verweigerung des Zusammenwirkens auf einem so neutralen Gebiet, wie es die beabsichtigte Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz sei. Notwendig wäre freilich der Anschluß der Gewerkschaften aller Länder, wenn diese Konferenz ein Resultat haben sollte; das sei die wichtigste Voraussetzung für eine internationale Konferenz, die Bedeutung bekommen solle. Er hätte an die Möglichkeit eines solchen Zusammenwirkens geglaubt, aber leider sei nach dem Beschluß Amerikas wenig zu hoffen; denn er werde für die englischen und französischen Gewerkschaftsvorstände wahrscheinlich wegweisend sein, und damit seien die Aussichten der internationalen Gewerkschaftskonferenz gleich Null. Apollon habe für die englischen Gewerkschaften bereits abgewandt geantwortet, aber sich die endgültige Entscheidung noch vorbehalten, um zunächst mit den Vertretern der französischen Gewerkschaften Rücksprache zu nehmen. Von Frankreich sei eine Antwort auf die von Stockholm aus ergangene Einladung noch nicht erfolgt.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Erst Arbeitsbindung, dann Familienunterstützung.

Die Firma »Rotophot«, Gesellschaft für photographische Industrie, Berlin, versendet an ihre im Heeresdienst stehenden Angestellten, deren Familien von der Firma eine laufende Unterstützung gewährt wird, ein Schreiben folgenden Wortlauts:

»Infolge der langen Kriegsdauer und der dadurch bedingten immer größer gewordenen geschäftlichen Schwierigkeiten sehen wir uns leider gezwungen, eine Neuregelung der von uns gewährten Kriegsunterstützungen (für Sie sind vom 2. 8. 14 bis einschließlich 31. Mai d. Js. 1039 Mk. aufgewendet worden) vorzunehmen wie folgt:

1. Die Unterstützung wird — beginnend mit diesem Monat und bis auf weiteres — auf 30 Mk. für den Monat bemessen und jeweils am Monats-schluß gezahlt.
2. Die zukünftigen Zahlungen sowohl wie die seit Beginn dieses Jahres gezahlten Summen gelten als Ihnen gewährte Darlehensbeträge.
3. Sie sind verpflichtet:
  - a) sich alsbald nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst bei uns zu melden und
  - b) auf unser Verlangen Ihre Dienste wieder unserer Gesellschaft zu widmen.
4. Die Tilgung der Darlehensbeträge erfolgt im Fall der Wiederaufnahme Ihrer Tätigkeit nicht etwa durch Lohnkürzungen, sondern dergestalt, daß wir für jeden Monat Ihrer künftigen, uns zufriedenstellenden Tätigkeit bei uns den 24. Teil des Gesamtbetrages der seit Beginn dieses Jahres gezahlten Unterstützungen streichen, so daß zur vollständigen Tilgung zwei Jahre ununterbrochener, uns zufriedenstellender Tätigkeit gehören.

Sollten Sie Ihre Dienste dereinst nicht unserer Gesellschaft widmen oder sollte sich Ihre Tätigkeit bei uns aus anderen Gründen als gesundheitlichen nicht über zwei volle Jahre erstrecken, so sind Sie uns im ersten Falle für den ganzen und im zweiten Fall für den nicht gestrichenen Teilbetrag des Gesamtbetrages der Unterstützungen zahlungsfähig. Zum Zeichen Ihres Einverständnisses wollen Sie den beigeigühten Durchschnitt dieses Schreibens an der durch ein Kreuz kenntlich gemachten Stelle mit Ihrer Unterschrift (Vor- und Zuname) versehen und uns baldigst zuschicken.

Die Zahlung des Unterstützungsbetrages für Juni wird ohne weiteres erfolgen, hingegen wird für die Zahlungen ab Juli zur Bedingung gemacht, daß der von Ihnen unterschriebene Briefdurchschlag in unserem Besitze ist. Es ist also für Sie von großer Wichtigkeit, daß Sie für unverzügliche Einsendung des unterschriebenen Briefdurchschlags Sorge tragen. Mit dem Inhalt dieses Schreibens erkläre ich mich durch meine nachstehende, eigenhändige Unterschrift einverstanden.

Der Berliner »Vorwärts«, dem dieses Schreiben zugeflogen kam, bemerkt dazu:

»So sehr wir es als durchaus lobenswert anerkennen, daß eine Anzahl Firmen den Familien ihrer zum Heeresdienst einberufenen Angestellten während der Dauer der Einberufung eine laufende Unterstützung gewähren, so sehr aber auch müssen wir es verurteilen, daraus eine besondere Bindung der Angestellten herleiten zu wollen. Wir halten das geradezu für einen Verstoß gegen die guten Sitten, zumal wenn, wie im vorliegenden Falle, nachträglich ein Angestellter die bezogene Unterstützung als Darlehen anerkennen und dieses in der im Schreiben vorgesehenen Weise zur Tilgung gebracht werden soll. Ursprünglich hat niemand an ein Darlehen gedacht. Die Firma hat die Unterstützung gewährt als einen Ausfluß des Treueverhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber,

das nicht verlöschen soll, wenn der Angestellte seine höchste staatsbürgerliche Pflicht erfüllen muß. Als eine solche Leistung ist die Unterstützung angenommen. Und sie würde auch aller Wahrscheinlichkeit nach den Angestellten verpflichtet haben, seine Dienste der Firma wieder zur Verfügung zu stellen.

In dieses reine Verhältnis wird jetzt ein arger Mißton gebracht. Was ist zufriedenstellende Tätigkeit? Wer entscheidet darüber? Was bietet die Gewähr, daß den Angestellten auch ein den Zeitverhältnissen entsprechender Lohn gezahlt wird? Ist eine nach Lage der Verhältnisse begründete Forderung auf Aufbesserung des Gehalts eine unzufriedenstellende Betätigung?

Dieser Fall zeigt wieder einmal, welche weitgreifende sozialpolitischer Fürsorge zugunsten der entlassenen Kriegsteilnehmer es bedarf. Es muß, um Fälle der hier in Betracht kommenden Art zu treffen, bestimmt werden, daß aus der etwaigen Gewährung von Unterstützungen kein Recht zum Wiedereintritt des früher Beschäftigten hergeleitet werden darf und das solche Unterstützungen als verfallene Schuld zu gelten haben.

Diesen Ausführungen kann man sich ohne weiteres anschließen. Sollte es zutreffend sein, was hier und da behauptet wird: daß nämlich ein Teil dieser Familienunterstützung aus der Strafgederkasse gedeckt wird, dann wäre die Rechtmäßigkeit der Anrechnung vielleicht noch mehr zu bestreiten. Auf wenn mag eigentlich diese merkwürdige Art Neuorientierung in der Firma zurückzuführen sein? Früher gelang es noch stets, alle Änderungen über Arbeitsbedingungen in dieser Firma durch Verhandlungen mit den Gehilfen in Güte zu erledigen. Sollte der Weg nicht mehr gangbar sein?

## Die graphischen Verbände im Jahre 1916.

Der Verband der deutschen Buchdrucker durfte im abgelaufenen Geschäftsjahr den Erinnerungstag seines 50jährigen Bestehens feiern. Am 20. Mai 1866 wurde in Leipzig der Grundstein zu dem festen Bau gelegt, den auch der nun im dritten Jahrestobende Völkerkrieg nicht zu erschüttern vermochte. Besondere Beachtung fand der zum Jubiläum erschienene erste Band der Geschichte unserer Organisation. Die immer mehr sich steigernde Zahl der Einberufenen vergrößerte den Mangel an Gehilfen. Die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte war nicht mehr zu umgehen; das Tarifamt schuf daher Bedingungen, unter welchen die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte zulässig ist. Um das Gewerbe nicht unnötig mit berufsfernen Personen zu überlasten, wurde durch das Tarifamt als Verhältniszahl für die einzustellenden Lehrlinge diejenige Gehilfenzahl festgesetzt, die als Durchschnittsziffer der ersten sieben Monate des Jahres 1914 in den tarifreuen Druckereien beschäftigt wurde. Nach der Statistik vom 31. Dezember 1916 bezifferte sich der Mitgliederbestand auf 28222 gegen 70500 bei Ausbruch des Krieges. 8000 neue Mitglieder sind während der Kriegszeit dem Verbands beigetreten. 3 Gauleiterkonferenzen machten sich im Laufe des Jahres notwendig, eine befaßte sich mit der Forderung der Teuerungszulage, die denn auch erfolgreich durchgesetzt wurde. Ferner wurde beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung vom 1. Oktober ab wieder nach den statutarischen Sätzen zu bezahlen. Die Arbeitslosigkeit bewegte sich im Vergleich zu den Friedensjahren in engen Grenzen, der Krankenstand jedoch hat gegen das Vorjahr eine beträchtliche Steigerung erfahren.

Der Buchbinderverband berichtet: Die Mitgliederzahl betrug Ende 1915: 6283 männliche und 10722 weibliche, zusammen 17005 Mitglieder; dagegen Ende 1916: 5480 männliche, 11072 weibliche, also insgesamt 16552 Mitglieder. Zählt man die zum Heeresdienst Einberufenen nicht als Verlust, da man doch annehmen muß, daß sie bei Entlassung aus dem Heer wieder Verbandsmitglieder werden, so hat eine Mitgliederzunahme stattgefunden. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings im Buchbinderverband auf ein noch nie in Friedenszeiten dagewesenes Mindestmaß herabgesunken. Immerhin mußten für Arbeitslose noch 53614 Mk. aufgewandt werden. Die gesamten Einnahmen des Verbandes, ausschließlich der örtlichen Kassen, betragen 401369 Mk.; 37118 Mk. weniger als im Vorjahre. Die Ausgaben beliefen sich auf 310666 Mk. Der Vermögensbestand stellte sich im letzten Jahre vor dem Kriege, also Ende 1913 auf 1379670 Mk., davon 369319 Mk. in den örtlichen Kassen; dagegen Ende 1916 auf 1423299 Mk., wovon 346192 Mk. sich in den Kassen der örtlichen Zahlstellen befanden. Da vom Verbandsvermögen aber ein erheblicher Teil für Invalidenunterstützung in Reserve behalten werden muß, wenn auch die Ausgaben dafür jetzt noch — 1916 nur 2640 Mk. — gering sind, so warnt der Verbandsvorstand doch davor, die finanzielle Lage des Verbandes allzu rosig anzusehen, zumal nach dem Kriege die überwiegende Mehrzahl der Tarifverträge ablaufen und harte Lohnkämpfe vielleicht große Summen verschlingen könnten. Bei den Lohn- bzw. Teuerungszulagebewegungen wurden für 15481 Berufsangehörige wöchentliche Lohn erhöhungen von 36572 Mk., also für den Kopf 2,36 Mk. im Durchschnitt erzielt. Damit dürfte jedoch nur das erfaßt worden sein,

was unmittelbar als Teuerungszulage gewährt wurde, nicht aber die Lohnzulagen.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen sah es im vergangenen Jahre als seine hauptsächlichste Aufgabe an, den wirtschaftlichen Druck für seine Mitglieder so weit als möglich zu lösen, wobei es große Schwierigkeiten gab, denn die Forderungen auf Teuerungszulagen fanden den lebhaftesten Widerstand der Unternehmer. Es wurden monatliche Zulagen von 4—10 Mk. und 2 Mk. für jedes Kind erzielt. Für die größeren Druckorte gelang es später noch einmal weitere Zugeständnisse zu erreichen. Dort aber wo den Unternehmern das Verständnis für die Not der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen abging sahen diese sich vielfach gezwungen in lohnendere Berufe abzuwandern. Zum Teil ist darauf auch die Verringerung des Mitgliederbestandes zurückzuführen. Sie betrug Ende 1915 6909 Mitglieder, Ende 1916 dagegen 6534 Mitglieder. Bei den weiblichen Mitgliedern allein ergab sich ein Gewinn von 137. Die Kasse hat sich von den großen Anforderungen der ersten beiden Kriegsjahre vollständig erholt, die Verhältnisse sind hier sogar besser geworden. Nachdem im Jahre 1915 der Bestand bis auf 80000 Mk. herabgesunken war, konnte am Jahresluß 1916 bereits wieder ein Kassenbestand von 187625 Mk. festgestellt werden. Die gesamten Einnahmen belaufen sich auf 203369,27 Mk., es sind dies 38079,38 Mk. weniger wie im Vorjahr. Wenn trotzdem ein Überschuß von 30132,06 Mk. erzielt wurde, so lag es daran, weil die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung verhältnismäßig gering war und auch die Verwaltungskosten herabgemindert werden konnten. Von den gesamten Ausgaben entfielen 8811,31 Mk. auf die Arbeitslosenunterstützung indessen 46362,05 Mk. an Kranke und als Extrarunterstützung an Kriegerfrauen gezahlt wurden. Trotz Wiedereinführung der statutgemäßen Unterstützungssätze beträgt der Vermögensbestand 358389 Mk., ist also höher als vor dem Kriege.

## Eine wichtige Frage!

Unsere Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Arbeitsvermittlung ist merklich auf fruchtbareren Boden gefallen. Dadurch wird uns für die kommende Zeit ein freundlicher Ausblick eröffnet. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß wir schon über den Berg seien und die durch die Gleichgültigkeit der Kollegen hervorgerufenen Widerstände und Hemmnisse überwunden haben.

Es bedarf nach wie vor einer zähen Arbeit, um die Gesamtheit der Berufsangehörigen zur bewußten Wahrnehmung ihrer Interessen auf diesem Gebiete zu bewegen. Bei der Einfachheit der ganzen Frage ist es zu verwundern, daß noch viele Kollegen ihre eigenen Wege gehen und dadurch die Interessen der Gesamtheit, und am Ende ihre eigenen, schwer schädigen.

An was liegt das? Theoretisch erkennt man die für die Arbeitsvermittlung getroffenen Verbandsbestimmungen als richtig und zweckentsprechend an. Am Arbeitsplatze empfindet man das Umschauhalten der Anderen als ärgerlich und schädlich. Tritt jedoch der Fall ein, daß wir selbst arbeitslos werden, dann ist Theorie und Einsicht bald vergessen. Nicht ist es mangelndes Begriffsvermögen, was die Kollegen hindert, die volle Bedeutung der Frage zu erfassen; sondern es ist mangelnder Gemeinsinn und großer Egoismus, gemengt mit einer Portion Mißtrauen gegen ihre Mitkollegen.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß der Preis einer Ware sich nach dem vorhandenen Angebot und der vorhandenen Nachfrage richtet. Ist ein reichliches Angebot, aber eine geringe Nachfrage, bzw. geringer Bedarf, zu verzeichnen, so sinkt der Preis; ist die Nachfrage stark, das Angebot aber schwach, so steigt dieser. Um den hierdurch hervorgerufenen Preisschwankungen zu begegnen, hat man für viele Waren Verkaufsorganisationen geschaffen und somit eine gewisse Regelung in der Preisfrage erzielt. Käufer und Verkäufer haben für ihre Dispositionen und Kalkulationen eine sichere und feste Grundlage; wenn von den Produzenten die Bestimmungen der Verkaufsorganisation in Anwendung gebracht und eingehalten werden. Die durch Preisunterbietung entstehende Schmutzkonzurrenz ist unterbunden und das Gewerbe hat eine gesunde Grundlage.

Dem gleichen Zweck dienen unsere Verbandsbestimmungen für die Arbeitsvermittlung in unserem Gewerbe. Der Verbandsarbeitsnachweis ist im Grunde genommen auch eine Verkaufsorganisation für unsere Ware Arbeitskraft. Für den Preis dieser Ware sind die gleichen Bedingungen, wie für jede andere maßgebend, auch ihr Preis regelt sich ebenfalls nach Angebot und Nachfrage. Und wenn beim Verkauf der Ware Arbeitskraft von den Verkäufern, also von den Kollegen, die Verkaufsorganisation — Arbeitsnachweis — nicht in Anspruch genommen wird, so sind der Preisunterbietung Tür und Tor geöffnet und einer Schmutzkonzurrenz die Wege geebnet.

Bisher haben wir die Folgen einer Lohnunterbietung — Preisunterbietung — genügend zu spüren bekommen und es wird höchste Zeit, besonders im Hinblick auf die kommenden schweren Zeiten nach dem Kriege, daß die Kollegen zur Besinnung kommen und so handeln, wie es ihre Interessen erfordern. Der leider jetzt immer noch bei uns

übliche Schleichhandel mit der Ware Arbeitskraft, muß im Interesse der Gesamtheit aufhören. Er ist sinnlos, denn er führt nicht wie sonst üblich zu einer Verteuerung sondern zu einer Preisunterbietung. Kein Bauer oder Händler wird Gänse oder Speck hinterherum verschieben, um die Ware dem Konsumenten billiger zu verkaufen. Das macht aber der Kollege der sich selbst durch Umschauhalten dem Unternehmer anbietet. Bei diesem Schleichhandel wird in der Regel ein zu niedriger Preis erzielt, weil entweder die Arbeitskraft dort angeboten wird, wo kein dringender Bedarf besteht; der wo ein solcher vorhanden ist, was evtl. durch ein Zeitungsinserat in die Erscheinung tritt, die Arbeitskraft in so großem Umfange angeboten wird, daß der vorhandene Bedarf mehrfach gedeckt werden könnte. In beiden Fällen übersteigt das Angebot die Nachfrage und drückt den Preis. Dieser Zustand ist für die Unternehmer zwar sehr vorteilhaft, für die Kollegen aber durchaus schädlich. Diesen Übelstand können und müssen wir abstellen.

Mit dem durch den Verkauf unserer Ware Arbeitskraft erzielten Erlös — Lohn — bestreiten wir den Lebensunterhalt. Er bildet unsere einzige Einnahmequelle. Wenn schon in Friedenszeiten der Lohn unzureichend war, so sind die Ursachen zum großen Teil im Verhalten der Kollegen beim Angebot ihrer Arbeitskraft zu finden.

Mit Bestimmtheit ist zu rechnen, daß nach dem Kriege eine bedeutende Verteuerung der gesamten Lebenshaltung verbleiben wird. Einsichtige Prinzipale haben sich bereits dahin ausgesprochen, daß aus diesem Grunde die Löhne, die unsern Kollegen vor dem Kriege gezahlt wurden, nach dessen Beendigung nicht mehr in Frage kommen können. Neben der Verteuerung der Lebensmittel zwingen uns die Steigerungen der Wohnungsmiete, der Staats- und Kommunalsteuern und anderer Dinge, beim Verkauf unserer Arbeitskraft andere Wege zu gehen, als viele Kollegen bisher gegangen sind. Die Lohnfrage ist für die Zukunft für uns von so großer Bedeutung, daß sie allseits die ernsteste Beachtung erfordert. Darum darf künftig kein Kollege bei der Arbeitsvermittlung seine eigenen Wege gehen, sondern muß sich streng an die bestehenden Bestimmungen halten.

Wenn auch im Augenblick die Gefahr keine große ist, so wächst diese aber bei der nach der Beendigung des Krieges erfolgenden Heimkehr der einberufenen Kollegen ins ungeheure. Wir erwarten, daß auch die Krieger die Bedeutung der Frage voll und ganz erkennen und dementsprechend handeln, wenn sie einst ins gewerbliche Leben zurückkehren.

Die Lohnfrage ist nur eine der vielen Fragen, deren Lösungen wir nach dem Kriege vor uns haben, und zeigt uns, daß wir wirklich alle Kräfte anspannen müssen, um sie in einem für uns günstigen Sinne zu regeln. Mit Energie müssen wir danach streben, den bisher gemachten Fortschritt zu erweitern und zu einem vollen Erfolge zu gestalten. Lassen wir uns von den bitteren Nöten des Lebens nicht abhalten, diesem Ziele nachzustreben; was wir erreichen können, wenn alle Kollegen einig sind. Cz.

## Ein graues Bild von unsern Feldgrauen!

Der offene Brief des Hauptvorstandes »An unsere Kriegsteilnehmer!« vom Oktober 1916 als auch der vom 11. Mai d. Js. hat vielfach den Eindruck erweckt, als wären darin die Verhältnisse allzu grau gemalt. Besonders aus dem Felde selbst sind uns ähnliche Äußerungen zugegangen. Solche Stimmung ist wohl bei denen verständlich, die stets gewerkschaftliches Pflichtbewußtsein in Gedanken und Tat bewiesen haben. Kann es uns aber einen Vorteil bringen, den im Felde befindlichen Kollegen angenehme Schmeicheleien zu sagen, wenn die Tatsachen selbst dem entgegenstehen? Wir verallgemeinern durchaus nicht; wir wissen sehr wohl, daß es in manden Mitgliedschaften darin weniger ungünstig steht. Doch jeder einzelne, der wieder zur Arbeit heimkehrt, ohne sich an die dringend notwendige Verbindung mit seinen Arbeitskollegen zu kehren, kann viel verderben. Darum darf unsere Mahnung an die Kriegsteilnehmer: auch draußen nicht unsere gewerkschaftlichen Aufgaben zu vergessen, nicht als Vorwurf aufgefaßt werden, sondern als Aufklärung über die zur Zeit bestehenden heimatlichen Verhältnisse.

Nur aus diesen Erwägungen veröffentlichen wir heute den Notschrei der Verwaltung einer größeren Mitgliedschaft:

— — »Wieder ist der Schutzverband an der Arbeit, um die Löhne, die wir jetzt mit Mühe und Not etwas in die Höhe gebracht haben, bei eintretendem Kriegsschluß zu beschneiden. Da heißt es von unserer Seite alles aufbieten was in unseren Kräften steht, um diese Gefahr für uns abzuwenden. Dazu gehört die Einigkeit der Kollegen und die strikte Befolgung der Statuten. Doch damit ist es bei einem Teil der Kollegen die draußen waren, schlecht bestellt. Trotz mehrfacher Bekanntmachung haben die Kollegen, die vom Militär entlassen wurden, selbst in den Geschäften Nachfrage gehalten. Wenn sie sich wenigstens noch nachher meiden würden. Auch das geschieht nicht, so daß man wochenlang garnicht weiß, wer vom Militär zurück ist, bis man es zufällig hört. Trotz aller Ermahnungen ist bis jetzt

nach kein Erfolg zu verzeichnen. Erst wenn die Kollegen sich strikte an die Bekanntmachungen halten, haben wir hier eine Gewähr dafür, daß die Löhne nicht so schnell wieder in die abschüssige Bahn durch die Unternehmer gebracht werden können. —

Soweit der Brief der Verwaltung. Mögen unsere Kollegen, soweit sie in brieflichem Verkehr mit befreundeten Kollegen stehen, auch in dieser Richtung ihren Einfluß einzusetzen versuchen. Sorgt dafür, daß unsere »Graphische Presse« in die Hände unserer feldgrauen Kollegen kommt, unterstützt eure Verwaltung in dem Bestreben, die Feldadressen der Kollegen zu sammeln. Unser Agitationsgebiet ist zur Zeit weit über die Werkstatt hinausgerückt, liegt draußen über der Grenze und im Schützengraben. Indem ihr die dort befindlichen in freundschaftlicher und kollegialer Weise für die Heimat und ihre beruflichen Sorgen zu interessieren sucht, sichert ihr zugleich die Erhaltung günstiger Arbeitsverhältnisse, erleichtert ihr auch den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

### Die photomech. Fächer.

#### Ortsberichte.

**München.** Lichtdrucker und Photographen. Die Versammlung erledigte zunächst einige Sektionsangelegenheiten, darunter den Kassenbericht, den Kollege Sorge erstattet. Danach betrug die Einnahme im Jahre 1916 1473,70 Mk., gegenüber einer Ausgabe von 602,91 Mk. An die Hauptkasse

wurden 870,79 Mk. gesandt. Aus der Lokalkasse wurden seit Kriegsausbruch an Frauen und Kollegen 1814,00 Mk. gezahlt. In der Aussprache geben die meisten Kollegen ihr Bedauern zum Ausdruck, daß vom Tarifamt und Hauptvorstand bis jetzt nichts unternommen wurde, für die Münchener Lichtdrucker Kollegen eine Teuerungszulage herauszuholen. Es wurde beantragt, eine Kommission zu wählen, die in dieser Sache mit den Arbeitgebern verhandeln solle. Die Versammlung beschloß, diese Angelegenheit dem Gau zu übertragen, der schon Vorarbeiten dazu getroffen hat. Kollege Hartl berichtet, daß die Photographen-Kollegen der Firma H. Tietz, Warenhaus, durch solidarisches Verhalten abermals eine Erhöhung der Teuerungszulage erreicht haben, sodaß sie je nach der Höhe des Gehalts 7,50 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk. oder 30 Mk. monatlich erhalten.

### Feuilleton.

#### Vom Büchertisch.

**Weg zur politischen Reife.** Von Fürst von Bülow. Heft 2 aus der Sammlung: Um Deutschlands Zukunft. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. Preis: 0,40 Mk. Der Arbeiterschaft sind die politischen Ansichten Bülows, mehr aber noch seine Handlungen als Reichskanzler noch in unangenehmer Erinnerung. Ohne ein Tipfelchen von dieser Gegnerschaft aufzugeben, darf man doch die hier vorliegende Schrift mit Gewinn lesen. Die darin gebotenen Gedanken, über die Eigenheit des Parteilebens in Deutschland sind originell und an-

regend. Wie er die Deutschen als im hohen Grade politisch interessierte Menschen und doch als ungeeignet für großzügige Politik zu charakterisieren versucht, ist letzten Endes auf seine konservative Auffassung zurückzuführen, bleibt aber gerade deshalb nicht weniger interessant. Wer möchte aber nicht wehmütig die Richtigkeit folgender Sätze, angesichts der Spaltung der deutschen Arbeiterschaft, unterschreiben: »Wenn deutsche Parteien einmal in Opposition gegeneinander gestanden haben, und es braudt dabei gar nicht um die letzten Dinge politischen Lebens gegangen zu sein, so vergessen sie das einander nur schwer und langsam. Einmalige Gegnerschaft wird gern zur dauernden Feindschaft verliert, es wird womöglich nachträglich ein prinzipieller Gegensatz der politischen Grundanschauung konstruiert, der ursprünglich den verfeindeten Parteien gar nicht bewußt gewesen ist.«

**Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands.** Von August Winnig. Heft 3 aus der Sammlung: Um Deutschlands Zukunft. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. Preis: 0,40 Mk. Der Verfasser schildert uns in seiner bekannten fesselnden Darstellung ein halbes Jahrhundert deutscher Wirtschaftsentwicklung, um daran anknüpfend zu zeigen, daß auch die Arbeiterschaft nicht ohne Gewinn daran vorübergegangen ist. Seine Schilderungen über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland zeigen die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit in dieser Zeit. Darauf sucht Winnig nachzuweisen, wie diese Verhältnisse zurückgeworfen würden, wenn das Kriegsziel Englands, das auf eine Vernichtung der deutschen Wirtschaft hinaus läuft, zur Wahrheit würde.

## Unsere Verbandsjubilare!

Bekanntlich ist in der »Graphischen Presse« eine Ehrentafel eingerichtet worden, in der halbjährlich alle Kollegen aufgeführt werden, die im vergangenen Halbjahr eine ununterbrochene 25-jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands zurückgelegt haben. Heute wollen wir nun alle Kollegen namhaft machen, die in der Zeit vom 1. Januar 1892 bis 30. Juni 1892 Mitglied unserer Organisation geworden sind und dem Verband die Treue bewahrt haben. Insgesamt sind es 35 Kollegen und zwar 25 Steindrucker, 5 Lithographen, 2 Chemigraphen, 2 Formstecher und 1 Lichtdrucker.

Allen diesen Kollegen bringen wir unseren herzlichsten Gruß und Glückwunsch für ihre Verbandstreue und ihre unermüdete Mitarbeit entgegen!

- Bartsch,** Ludwig, Steindrucker, Mannheim, war 16 Jahre Kassierer und ist seit 2 Jahren Vorsitzender der Mitgliedschaft.
- Beyer,** August, Steindrucker, Frankfurt a. M., fast ununterbrochen seit Gründung des Verbandes Funktionär, ist am 7. November 1916 zum zweiten Male zum Kriegsdienst eingezogen worden.
- Czech,** Alex., Lithograph, Berlin, Ortsvorsitzender und Gauleiter, ist seit 1896 ununterbrochen Funktionär.
- Franz,** Georg, Lithograph, Offenbach a. M.
- Frentrup,** Julius, Steindrucker, Elberfeld.
- Goldhagen,** Max, Lithograph, Leipzig, Vorsitzender der Preßkommission.
- Hegewald,** Oswald, Steindrucker, Potsdam.
- Heim,** Karl, Steindrucker, Cöln a. Rh., seit 1. Oktober 1914 im Kriegsdienst.
- Hiekmann,** Richard, Steindrucker, Brandenburg, langjähriger Funktionär in Dresden und Vorsitzender vom Zentralausschuß des Verbandes, jetzt Arbeitsersekretär.
- Höldke,** Friedrich, Lichtdrucker, Erfurt.
- Kupfer,** Gustav, Formstecher, Leipzig.
- Langer,** Paul, Steindrucker, Hamburg.
- Leissner,** Max, Lithograph, Chemnitz, seit 25. Februar 1917 im Kriegsdienst.

- Loray,** Ludwig, Steindrucker, Leipzig.
- Marquardt,** Emil, Chemigraph, Berlin.
- Mehl,** Johann, Steindrucker, Nürnberg, seit 24. August 1914 im Kriegsdienst.
- Mehlhorn,** Otto, Steindrucker, Berlin, seit 29. November 1914 im Kriegsdienst.
- Mende,** Emil, Steindrucker, Leipzig.
- Mohns,** Wilhelm, Steindrucker, Stettin.
- Müller,** Emil, Steindrucker, Berlin, Vorstandsmitglied der Filiale I, seit 3. Januar 1917 im Kriegsdienst.
- Müller,** Ernst, Chemigraph, Frankfurt a. M., langjähriger Funktionär.
- Ott,** Karl, Steindrucker, Karlsruhe.
- Parvus,** Oswald, Steindrucker, Chemnitz.
- Perz gall,** Georg, Steindrucker, Dresden, seit 15. Juni 1916 im Kriegsdienst.
- Richter,** Karl, Steindrucker, Leipzig.
- Rothe,** Ernst, Steindrucker, Kiel.
- Schäfer,** Karl, Steindrucker, Detmold, seit 4. April 1915 im Kriegsdienst.
- Schillinger,** Karl, Steindrucker, Fürth, seit 4. September 1914 im Kriegsdienst.
- Schmidt,** Max, Steindrucker, Leipzig, seit 21. November 1916 im Kriegsdienst.
- Schumacher,** Robert, Steindrucker, Elberfeld, seit 20. November 1916 im Kriegsdienst.
- Unger,** Louis, Formstecher, Leipzig.
- Vogel,** Carl, Lithograph, München.
- Wächter,** Bernhard, Steindrucker, Zwickau, seit Gründung des Verbandes Kassierer der Mitgliedschaft.
- Walther,** Emil, Steindrucker, Mügeln.
- Wollenschläger,** Josef, Steindrucker, Nürnberg, langjähriger Funktionär, seit 2. Februar 1915 im Kriegsdienst.

### Stellenangebote

Zum baldigen Antritt wird ein tüchtiger

#### Reproduktions-Photograph

zur Unterstützung unseres ersten Autofarben-Photographen gesucht. Es wird Gelegenheit geboten, tüchtigen Schwarzautotypie-Photographen, sich in dem Farbenverfahren einzuarbeiten. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen sind zu richten an **Römmler & Jonas, Dresden - A. 16, G. m. b. H., Blasewitzerstr. 27.**

**Klischee-Monteur** und Fräser gesucht von **Albert Friede, Berlin W. 35, Lützowstr. 66.**

### Retuscheur,

erste Kraft für Landschafts- u. Maschinenretusche zum sofortigen Antritt gesucht von **Meisenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 7-8.**

- Zum sofortigen Antritt suchen wir
  - 1 Strichätzer
  - 1 Autoätzer
  - 1 Photograph für Auto und Strich
  - 1 Metallretuscheur für Auto und Strich
- Angebote mit Lohnforderung an **Meisenbach Riffarth & Co., Leipzig-R., Täubchenweg Nr. 23.**

**Chiffre-Inserate** finden keine Aufnahme.

### Verschiedenes

**Schmutzige Hände, Handwaschmittel.** vorzüglich gereinigt durch **Terrahes** Musterstück (115 Gramm) franko bei Einsendung von 50 Pf. **H. Terrahes, Stadthohn 1. W.**

**Der praktische Umdrucker.** Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Conrad Müller, Schkeuditz.**

**Formstecher-Holzwerkzeug** sucht zu kaufen. **Franz Hildmann, Greiz i. Vogtl., Leonhardstr. 12.**

### Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.** Festschrift von Fritz Hansen. Verlag: **Conr. Müller, Schkeuditz.** Preis 55 Pf. (portofrei). Bei 10 Stück ein Preisexemplar.

**Inserate** sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.